

APA-DeFacto-Politikerranking: Wer hat die Top-Medienpräsenz?

Utl.: Wöchentlich im Politik-Channel von APA-OTS: die Top 20 der österreichischen Politikerinnen und Politiker - Hofer, Strache und Hundstorfer aktuell vorne. =

Wien (OTS) - Ab sofort ist das aktuelle wöchentliche Präsenzranking heimischer Politikerinnen und Politiker auf <http://www.ots.at/politikerranking> kostenlos abrufbar. APA-DeFacto erstellt das Ranking aufgrund der Anzahl der Nennungen von Politikerinnen und Politikern in allen österreichischen Tageszeitungen im Verlauf der vergangenen Woche. Die aktuellen Daten zeigen, wer die mediale Bühne von 29.01. bis 04.02.2016 am stärksten nutzen konnte, wer zurückgefallen ist und wer sich gegenüber letzter Woche neu positionieren konnte.

Die stärkste Medienpräsenz verzeichnete in der vergangenen Woche der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer (FPÖ). Der 44-Jährige wurde von der FPÖ als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Parteiobmann Strache sprach bei der Präsentation Hofers von einer „eindeutigen und einstimmigen Entscheidung“, die in der Partei „offen und breit diskutiert“ worden und „nach langer reiflicher Überlegung“ gefallen sei. Hofer betonte - wie schon in einem ZIB2-Interview Ende Dezember - das Amt „nicht angestrebt“ zu haben. Er sei aber nun überzeugt, dass er am 24. April im ersten Wahlgang gut abschneiden und in die Stichwahl am 22. Mai kommen werde.

In einem Interview mit der Tageszeitung „Österreich“ sprach sich Hofer für verbindliche Volksabstimmungen aus, wenn ein Volksbegehren von vier Prozent der Bevölkerung unterstützt wird. In der Flüchtlingsfrage müsse ein Bundespräsident eine „Schutzfunktion nicht nur gegenüber den Schutzsuchenden, sondern auch gegenüber der ganzen Bevölkerung wahrnehmen“. Zudem sprach sich Hofer dafür aus, das Amt des Bundespräsidenten mit jenem des Bundeskanzlers zusammenzulegen.

Als Neueinsteiger der Woche positionierte sich ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka auf Platz elf im Ranking. Lopatka erneuerte seine Forderung nach einer Obergrenze bei der Mindestsicherung von monatlich 1.500 Euro für Familien. Nach dem Vorbild Dänemarks sollen Personen, die in den vergangenen acht Jahren zumindest sieben Jahre

im Ausland gelebt haben, nicht die volle Mindestsicherung ausbezahlt bekommen. "Wer möchte, dass das Sozialsystem erhalten bleibt, muss Schritte setzen", so Lopatka, der sich zudem für eine Pensionsreform aussprach.

Kritik an den Vorschlägen Lopatkas kam u.a. vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ). Die ÖVP betreibe Sozialabbau, außerdem seien die Pläne verfassungswidrig, denn Besitzer eines positiven Asylbescheids seien Staatsbürgern rechtlich gleichgestellt. Überhaupt werde er jenen, "die ohnehin nix haben, nicht auch noch was wegnehmen", so Häupl.

~

Rückfragehinweis:

APA DeFacto GmbH
+43 1 36060 - 5123
analyse@defacto.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1275/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0072 2016-02-05/11:40

051140 Feb 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160205_OTS0072